

Martin Wabl
Fürstenfeld

Meine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2022

Die aktuelle politische und wirtschaftliche Herausforderung angesichts der Corona Pandemie, der Klimakrise, des verbrecherischen Angriffskrieges von Putin gegen die Ukraine verbunden mit Inflation und massiven Teuerungen im Energie- und Lebenshaltungsbereich verlangen ein gemeinsames Vorgehen der politisch Verantwortlichen um das Vertrauen in die Politik wieder zu festigen.

Dieser Vertrauensverlust gefährdet die Demokratie und damit auch die Errungenschaften in Richtung Frieden, Freiheit und Wohlstand, welche seit dem 2. Weltkrieg durch die Menschen in Österreich geschaffen wurden. Um diese Krisensituation zu meistern wird es auch notwendig sein, unpopuläre Maßnahmen zu setzen und auch an die Eigenverantwortung des Menschen und an die Bereitschaft zum Verzicht zu appellieren, insbesondere von jenen, die in finanziell privilegierten Zonen leben. Ein Umdenken und Umkehr im christlichen Sinne erscheint als sinnvolle Antwort. Im Speziellen gibt es eine Fülle von Forderungen und Problemlösungen, deren Aufzählung den Rahmen sprengen würde, daher beschränke ich mich auf 7 einfache Programmschwerpunkte ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Meine Programmschwerpunkte:

- 1.) Angesichts der derzeitigen Krisensituation ist als Zeichen der Solidarität eine Reduktion der Spitzengehälter der PolitikerInnen zu beschließen.
- 2.) Anschließend sollten diese eingefroren werden und für soziale Hilfe sollte damit ein Sozialfonds eingerichtet werden.
- 3.) Rasche Einführung eines Bundesstaatsanwaltes.
- 4.) Diese Person sollte eine integere, kompetente Persönlichkeit sein und zwar als Garant für eine wirkungsvolle, gesetzmäßige und gerechte Tätigkeiten der Staatsanwaltschaften.
- 5.) Lange Verfahren sollten damit in Zukunft vermieden und der Aushöhlung der Unschuldsvermutung mit aller Kraft entgegengetreten werden.
- 6.) Eine Justizreform mit verbessertem Zugang zum Recht und Reduktion der Prozesskosten ist anzustreben.
- 7.) Verteilungsgerechtigkeit auch als Kampf gegen die Armut insbesondere auch durch ein gerechteres Pensionssystem mit einem vertretbaren Verhältnis von staatlicher Mindespension zur Höchstpension. Mit einem Schwerpunkt auf ein menschenwürdiges Mindesteinkommen.